



Interpellation der Grünliberalen Fraktion

betreffend die Frage: Wie digital und zukunftsfähig sind die Zuger Notariate?

(Vorlage Nr. 4025.1 - 18420)

Antwort des Regierungsrats
vom 17. Februar 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Grünliberale Fraktion reichte am 26. November 2025 die Interpellation betreffend die Frage: Wie digital und zukunftsfähig sind die Zuger Notariate? ein (Vorlage Nr. 4025.1 - 18420). Der Kantonsrat überwies den Vorstoss dem Regierungsrat am 18. Dezember 2025. Der Regierungsrat nimmt zu den Fragen der Interpellation wie folgt Stellung:

Vorbemerkungen

Im Bereich der Digitalisierung der Notariate ist unter anderem zwischen folgenden Aspekten zu unterscheiden:

- Erstellung elektronischer Originale öffentlicher Urkunden;
- Erstellung elektronischer Ausfertigungen öffentlicher Urkunden
(eine besondere Form der [digitalen] beglaubigten Kopie, welche das [Papier-] Original im Rechtsverkehr vertritt);
- Erstellung elektronischer Beglaubigungen;
- Elektronischer Verkehr mit den Registerbehörden;
- Weitere (z. B. Fernbeurkundungen).

Erstellung elektronischer Originale öffentlicher Urkunden

Die Erstellung elektronischer Originale öffentlicher Urkunden ist zurzeit noch nicht möglich. Das Bundesgesetz über die Digitalisierung im Notariat vom 16. Juni 2023 (DNG; BBl. 2023 1523) wurde zwar verabschiedet, ist aber noch nicht in Kraft. Der Erlass der dazugehörigen Verordnung (Ausführungsbestimmungen) und die technische Umsetzung durch die zuständigen Bundesbehörden nehmen viel Zeit in Anspruch, so dass der entsprechende Zeitplan bereits nach hinten verschoben werden musste. Nach den aktuellen Informationen des Eidgenössischen Amtes für Grundbuch- und Bodenrecht soll die Verordnung zum DNG frühestens 2027 in die Vernehmlassung gegeben werden. Das Inkrafttreten des DNG ist gegenwärtig für 2029 geplant, wobei zunächst eine Testphase bis Ende 2030 vorgesehen ist, an deren Ende gegebenenfalls Anpassungen der Ausführungsbestimmungen und der technischen Ausgestaltung erfolgen sollen.

Diese Ausgangslage auf Bundesebene führt entsprechend zu Verzögerungen und Unsicherheiten bei der Einführung des elektronischen Originals der öffentlichen Urkunde im Kanton Zug. Nachdem das DNG bereits beschlossen wurde und damit zumindest mittelfristig mit seiner Inkraftsetzung zu rechnen ist, ist die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für elektronische Originale öffentlicher Urkunden auf kantonaler Ebene nicht sinnvoll.

Erstellung elektronischer Ausfertigungen öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen sowie elektronischer Verkehr mit den Registerbehörden

Auch ohne elektronische Originale der öffentlichen Urkunden besteht im Kanton Zug bereits heute die Möglichkeit, elektronische Ausfertigungen und elektronische Beglaubigungen zu erstellen (§ 26b des Gesetzes über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen [Beurkundungsgesetz; BeurkG; BGS 223.1]). Auch besteht die Möglichkeit, mit den Registerbehörden elektronisch zu verkehren und Geschäfte elektronisch anzumelden (elektronischer Geschäftsverkehr).

Weitere

Soweit für den kantonalen Gesetzgeber Spielräume bestehen, wird der Regierungsrat diese im Rahmen der laufenden Totalrevision des BeurkG nutzen. Dies betrifft insbesondere die Ermöglichung von Fernbeurkundungen.

Frage 1: Wie beurteilt die Regierung generell den Grad der Digitalisierung bei den Zuger Notariaten im Vergleich mit dem angestrebten Ziel sowie mit anderen Kantonen und international?

Die aktuellen Rahmenbedingungen, namentlich das Fehlen des elektronischen Originals der öffentlichen Urkunde, sind nicht geeignet, die Entwicklung der Digitalisierung im Notariatswesen zu begünstigen. Insbesondere wegen des sich aus der Notwendigkeit der Erstellung des Originals der öffentlichen Urkunde in Papierform ergebenden Medienbruchs und der Prozesse zur Erstellung elektronischer Ausfertigungen führen elektronische Ausfertigungen und der elektronische Geschäftsverkehr gegenwärtig zu Mehraufwand bei den Notariaten. Auch Kosteneinsparungen können bei den Notariaten nicht erzielt werden (vergleiche Antwort auf Frage 3), zumal die Erstellung elektronischer Ausfertigung ebenfalls mit Kosten verbunden ist. Andere Verwendungsmöglichkeiten (als für den elektronischen Geschäftsverkehr) für elektronische Ausfertigungen und Beglaubigungen bestehen nur sehr beschränkt. Für die internen Archive der Kundschaft genügen regelmässig gewöhnliche Scans der Urkunden.

Die gemeindlichen Notariate und das Amt für Grundbuch und Geoinformation nutzen trotzdem die Möglichkeiten der Digitalisierung, soweit ihnen dies bei der aktuellen Gesetzeslage möglich ist und sinnvoll erscheint. Allerdings besteht, soweit ersichtlich, für elektronische Ausfertigungen und die Nutzung des elektronischen Geschäftsverkehrs keine ernsthafte Nachfrage seitens der Kundschaft. In Bezug auf die freiberuflichen Urkundspersonen sind angesichts von deren Zahl und des Fehlens von umfassenden Daten keine allgemeinen Aussagen möglich. Der Grad der Digitalisierung dürfte aber massgebend von ihren persönlichen Haltungen zu dieser Frage, ihren diesbezüglichen Kompetenzen sowie ihrem jeweiligen Kundenkreis und dem Verwendungszweck der Urkunden bzw. Beglaubigungen beeinflusst und deshalb sehr unterschiedlich sein. Dies ist bei einer freiberuflichen Tätigkeit, bei der naturgemäss nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten zur Steuerung bestehen, nicht anders zu erwarten. Insgesamt sind nicht einmal 15 % aller Urkundspersonen des Kantons Zug im Schweizerischen Register der Urkundspersonen (UPReg) registriert und damit in der Lage, elektronische Ausfertigungen und Beglaubigungen zu erstellen. Daher ist sowohl beim Grundbuch- als auch beim Handelsregisteramt der elektronische Geschäftsverkehr noch von untergeordneter Bedeutung.

Die Situation in den anderen Kantonen ist ähnlich. Elektronische Ausfertigungen, Beglaubigungen sowie der elektronische Geschäftsverkehr der Notariate mit den Grundbuch- und Handelsregisterämtern spielen in den meisten Kantonen nur eine untergeordnete Rolle. Im Grundbuchwesen wird er hauptsächlich von Finanzinstituten bei Geschäften genutzt, die keine öffentliche Beurkundung verlangen (beispielsweise Gläubigerwechsel), womit sich das Problem des Me-

dienbruches nicht stellt. Soweit ersichtlich, werden einzig in den Kantonen Waadt und Thurgau grössere Anteile der Grundbuchgeschäfte elektronisch angemeldet. Der Kanton Waadt verfügt seit längerem über eine eigene, auf die konkreten Bedürfnisse im Kanton zugeschnittene Software zur Grundbuchanmeldung mit Zusatzfunktionen. Diese wird nach Erreichen des Endes ihres Lebenszyklus durch ein anderes System abgelöst, wobei sämtliche Kosten vom Kanton getragen werden, die Nutzung für die Notarinnen und Notare also mit Kostenvorteilen verbunden ist. Trotzdem erfolgt die Mehrzahl der Grundbuchanmeldungen weiterhin in Papierform. Im Kanton Thurgau wird hingegen die überwiegende Mehrheit der Handänderungen elektronisch beim Grundbuchamt angemeldet. Allerdings ist dort das Grundbuchamt selbst für deren Beurkundung zuständig. Deshalb führt der ohne digitales Original der öffentlichen Urkunden noch bestehende Medienbruch kaum zu Mehraufwand, weil das Grundbuchamt seine Papierurkunden für die elektronische Führung des Grundbuchs ohnehin selbst digitalisieren müsste.

Im internationalen Vergleich wird die Digitalisierung des Notariatswesens im Kanton Zug und in den anderen Kantonen ebenfalls primär dadurch behindert, dass die Einführung des elektronischen Originals der öffentlichen Urkunde wegen der Dauer der Umsetzungsarbeiten auf Bundesebene noch länger auf sich warten lassen wird. In zahlreichen anderen Staaten können öffentliche Urkunden bereits als digitales Original erstellt werden.

Frage 2: Wie gross ist der Anteil der elektronisch erstellten öffentlichen Urkunden und Beglaubigungen seit Einführung des DNG im Vergleich zu nicht-elektronischen öffentlichen Urkunden und Beglaubigungen?

Das DNG ist noch nicht in Kraft. Es wird frühestens 2029 in Kraft treten. Daher fehlt es aktuell noch an der gesetzlichen Grundlage, elektronische Urkunden zu erstellen. Elektronische Beglaubigungen sind bereits heute möglich. Mangels einer umfassenden Statistik und des Fehlens von Daten betreffend die freiberuflichen Urkundspersonen ist keine Aussage über ihren Anteil an der Gesamtzahl Beglaubigungen möglich. Dieser dürfte aber eher gering sein, da Beglaubigungen gegenwärtig primär zur physischen Verwendung benötigt werden.

Frage 3: Welche Kosteneinsparungen können durch elektronische öffentliche Urkunden und Beglaubigungen realisiert werden oder wurden bereits realisiert?

Da das DNG noch nicht in Kraft ist und daher digitale Originale öffentlicher Urkunden noch nicht erstellt werden können (vergleiche Antwort auf Frage 2), wurden bislang noch keine Einsparungen erzielt. Digitale Beglaubigungen werden noch nicht in grösserem Umfang erstellt. Sie sind zudem häufig für Verwendungszwecke bestimmt, für die eine Papierbeglaubigung nicht brauchbar wäre, so dass kein Vergleich möglich ist.

Einsparpotentiale nach Einführung des digitalen Originals der öffentlichen Urkunde bestehen vor allem durch den Wegfall von Kosten für Papier, Druck und Aufbewahrung. Umgekehrt werden neu Kosten für die mit dem digitalen Original der elektronischen Urkunde zusammenhängenden Infrastrukturen anfallen. Deren Höhe ist aufgrund des Stands der Umsetzungsarbeiten auf Bundesebene gegenwärtig noch nicht bekannt.

Auch für die Nutzung der Plattformen für den elektronischen Geschäftsverkehr entstehen Kosten. Diese sind, wenn überhaupt, nur unwesentlich geringer als diejenigen der Post. Einsparungen sind hier vor allem auf Seiten der Registerbehörden möglich, da die Digitalisierung der entsprechenden Unterlagen entfällt. Dem steht aktuell (ohne digitales Original der öffentlichen Urkunde) allerdings ein entsprechender Mehraufwand auf Seiten der Notariate entgegen (vergleiche die Antwort auf Frage 1). Zukünftig könnten sich für die Registerbehörden ferner Effi-

zizienzsteigerungen durch die Nutzung strukturierter Daten aus dem elektronischen Geschäftsverkehr ergeben.

Mit dem digitalen Original der elektronischen Urkunde wird es möglich sein, die Arbeitsprozesse der Notariate, den Verkehr mit den Registerbehörden und anderen Stellen, für welche öffentliche Urkunden bestimmt sind, sowie deren Tätigkeit effizienter zu gestalten. Hier liegt der entscheidende Vorteil des digitalen Originals öffentlicher Urkunden. Die dadurch entstehenden Kosteneinsparungen sind aber kaum zu beziffern, zumal über die technische Ausgestaltung des digitalen Originals der öffentlichen Urkunde noch nichts Näheres bekannt ist.

Frage 4: Welche Erfahrungen haben die Notariate mit der vom Bund zur Verfügung gestellten Infrastruktur zur dauerhaften Aufbewahrung elektronischer Originale öffentlicher Urkunden gemacht (vgl. DNG Artikel 9 Absatz 1)?

Bezüglich Inkraftsetzung DNG wird an dieser Stelle auf die vorherigen Antworten verwiesen. Somit bestehen gegenwärtig noch keine Erfahrungen. Aufgrund des Stands der Umsetzungsarbeiten auf Bundesebene ist die technische Ausgestaltung der Infrastruktur zur dauerhaften Aufbewahrung elektronischer Originale öffentlicher Urkunden gegenwärtig noch nicht bekannt, so dass keinerlei Aussagen möglich sind.

Frage 5: Welche Erfahrungen haben die Notariate mit dem durch den Bundesrat festgelegten einheitlichen Schnittstellen, Formaten und Standards für Dokumente wie Gesuche und Urkunden an Handels- oder Zivilstandesbehörden gemacht (vgl. DNG Artikel 18, Absatz 1)

An dieser Stelle wird auf die Antwort auf Frage 4 verwiesen. Auch über die technische Ausgestaltung der einheitlichen Schnittstellen, Formate und Standards für Dokumente ist noch nichts Näheres bekannt, weshalb keine Aussagen möglich sind.

Frage 6: Elektronische öffentliche Urkunden und Beglaubigungen sollen aus Sicht der Grünliberalen im technologie-affinen Kanton Zug zur Regel werden, nicht zur Ausnahme. Diesbezüglich wäre eine Anpassung des Gesetzes über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen (Beurkundungsgesetz; BeurkG) beispielsweise durch Anpassungen an § 24 (Stempel und Siegel) sowie §26b (Elektronische öffentliche Beurkundung und Beglaubigung) angezeigt. Erwägt die Regierung eine solche Revision bereits, um im Sinne einer «Digital-First»-Strategie einen Anreiz für die Notariate zu schaffen, nur auf ausdrücklichen Wunsch einer Urkundspartei ein physisches Dokument zu erstellen?

Bei der laufenden Totalrevision des BeurkG berücksichtigt der Regierungsrat die Rahmenbedingungen des DNG, soweit sie bereits bekannt sind, und stellt sicher, dass die Erstellung digitaler Originale öffentlicher Urkunden sofort nach dessen Inkrafttreten möglich wird. Aufgrund des Zeitplans des Bundes für die Inkraftsetzung und Umsetzung des DNG und aufgrund der diesbezüglichen Unsicherheiten ist aber nicht sicher, dass die bundesrechtlichen Grundlagen für die Erstellung digitaler Originale öffentlicher Urkunden bei Abschluss der Gesetzgebungsarbeiten für das BeurkG bereits in Kraft sind und die entsprechenden Systeme sofort befriedigend funktionieren. Deshalb ist die Verankerung eines Primats digitaler Originale öffentlicher Urkunden derzeit weder möglich noch sinnvoll. Ein Zuwarten mit der Revision des BeurkG bis zum Inkrafttreten des DNG wurde zwar geprüft, aber verworfen. Selbst wenn der aktuelle Zeitplan des Bundes (vergleiche Antwort auf Frage 1) eingehalten wird, würden dadurch andere wichtige Anpassungen des Beurkundungsrechts, auch solche, welche der Förderung der

Digitalisierung dienen (insbesondere die Ermöglichung von Fernbeurkundungen), unnötig verzögert. Der Regierungsrat verfolgt die Umsetzungsarbeiten zum DNG aber laufend und wird sie in die Revision des BeurkG einfließen lassen. Je nach (zeitlicher) Entwicklung auf Bundesebene ist es aber nicht ausgeschlossen, dass nachträglich Anpassungen des kantonalen Rechts erforderlich werden.

Antrag

Kenntnisnahme.

Zug, 17. Februar 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Der Landschreiber: Tobias Moser